Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

Band: 72 (1978)

Heft: 2

Artikel: Ein Bericht über den Streik in einer Atomzentrale am Ärmelkanal : "Dass die Arbeit in La Hague so gefährlich ist, wussten wir zuerst gar nicht!"

Autor: Spilker, Reinhard

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-142720

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 08.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

REINHARD SPILKER

Ein Bericht über den Streik in einer Atomzentrale am Ärmelkanal

«Daß die Arbeit in La Hague so gefährlich ist, wußten wir zuerst gar nicht!»

Vorbemerkung: Wir verdanken diesen aufschlußreichen Bericht dem Verlag «Darmstädter Blätter» und seinem Leiter Günther Schwarz. Die Sache geht direkt auch die Schweiz an. Der Bericht zeigt, wie die Sisyphusarbeit der Schwierigkeiten verbunden ist mit einer permanenten unvergleichlichen Gefährdung, die weder unter, noch auf, noch über der Erde wirklich «gesichert» zu bewältigen sein wird.

(Die Redaktion)

Aus einem Film der Arbeiter von La Hague:

«Die Arbeitsbedingungen verschlechtern sich, die Strahlenbelastung wächst und die Kontaminierungen (Berührung mit Strahlen) nehmen zu: wenn man heute all dies feststellt, und wenn man davon ausgeht, daß ein privatwirtschaftliches Unternehmen eine Rendite abwerfen muß, dann weiß man schon, was auf uns zukommt: diese Rentabilität wird auf dem Rücken der Arbeiter erwirtschaftet werden!»

La Hague am normannischen Steilufer des Aermelkanals wird beherrscht von der Anlage zur Wiederaufbereitung von radioaktivem Abfall aus Atomkraftwerken. In der Anlage arbeiten etwa 1 900 Menschen. Die Mehrheit der gewerkschaftlich organisierten Belegschaft hat den Betrieb im Herbst vergangenen Jahres (1976) drei Monate lang bestreikt. Ueber die Hintergründe des Streiks haben die Arbeiter von La Hague einen Film gedreht. Einen Ausschnitt aus diesem Film hörten Sie zum Beginn der Sendung.

La Hague spielt bei der sogenannten Entsorgung der deutschen Atomkraftwerke eine Schlüsselrolle.

(Laponche): «Alle Welt behauptet, daß La Hague gut funktioniert. Das ist eine Lüge!»

(Autor) Daß Atomstrom sauber sei, ist eine Erfindung der Werbetexter. Denn damit wollen sie sagen, der in Atomkraftwerken produzierte elektrische Strom werde ohne nennenswerten Abfall erzeugt. So mancher Bundesbürger, der dem Werbeslogan bisher geglaubt hat, erfährt dieser Tage zum erstenmal, und mit unguten Gefühlen, daß nun das dicke Ende kommt: Der Abfall aus den bei uns betriebenen Atommeilern, die zum Jahresanfang 1977 eine Nennleistung von rund sechs-

einhalbtausend Megawatt aufwiesen, bereitet den Kraftwerksbetreibern zunehmend Kopfschmerzen. Jahr für Jahr wird jedem der Leichtwasserreaktoren, mit denen hierzulande der Atomstrom erzeugt wird, eine Ladung verbrauchter Brennelemente entnommen. Diese sechs Meter langen Bündel aus Metallstäben, die mit abgebranntem Uranoxyd gefüllt sind, sind hochradioaktiv, sie sind mit ihren stark strahlenden Spaltprodukten und Transuranen das bisher brisanteste industrielle Abfallprodukt überhaupt.

Das Abfallproblem verschärft sich durch die Langlebigkeit des strahlenden Mülls. Die sogenannte «Entsorgung» der Atomkraftwerke ist nichts anderes als ein Versuch, diesen hochgefährlichen Abfall so unter Kontrolle zu bekommen, daß die nachfolgenden Generationen über die nächsten Jahrtausende damit leben können. «Entsorgung» heißt nicht, den Abfall vernichten. Das ist gar nicht möglich. «Entsorgung» — nach den Vorstellungen der Atomindustrie — heißt: den Abbrand der Atomkraftwerke sammeln, kühlen, das wiederverwendbare Uran und Plutonium, so weit möglich, herausziehen, und den verbleibenden Rest leicht-, mittel- und hochradioaktiven Abfalls lagern, wiederum kühlen, kontrollieren, bewachen — über Generationen.

Das Extrahieren des wiederverwendbaren Spaltstoffs, die sogenannte Wiederaufarbeitung, erweist sich nun als die Achillesferse der Stromerzeugung durch Atomkraftwerke. Warum? Ein Reaktor des in der Bundesrepublik eingeführten Typus — mit Wasserkühlung — verursacht, bei einer ausgefahrenen Leistung von 1 000 Megawatt, pro Jahr etwa dreißig Tonnen Abbrand, also stark radioaktive verbrauchte Brennelemente. Nachdem diese etwa fünf Monate in sogenannten Abklingbecken einen Teil ihrer kurzlebigen Radioaktivität verloren haben, enthalten sie: Spaltprodukte mit einer Radioaktivität von 130 Millionen Curie und Transurane mit einer Radioaktivität von 4,5 Millionen Curie — dazu gehören, u. a. ca. 280 Kilogramm Plutonium. (Ein Curie ist eine Maßeinheit für die Radioaktivität eines radioaktiven Körpers. Wenige Tausendstel eines Curie in einem menschlichen Organismus sind tödlich.)

Während der Wiederaufbereitung nun durchläuft dieser strahlende Stoff ein flüssiges, chemisches Verfahren. Das bringt bisher unkontrollierbare Gefährdungen des Betriebspersonals und der Umwelt mit sich. Die Risiken und technischen Schwierigkeiten sind so groß, daß es bis heute nirgendwo auf der Welt eine befriedigend funktionierende industrielle Wiederaufarbeitungsanlage für verbrauchte Brennelemente aus Leichtwasserreaktoren gibt. Dort, wo man es versucht hat, gab es Fehlschläge, Pannen, Arbeitsunfälle, Verluste.

Auch in der Bundesrepublik gibt es keine industrielle Wiederaufbereitungsanlage. Die chemische Industrie, nämlich die Unternehmen

Hoechst, Bayer, Nukem und Gelsenberg hatten eine solche Anlage ursprünglich errichten wollen und zu diesem Zweck 1970 eine gemeinsame Firma gegründet: die KEWA. Nach Berechnungen des früheren Bundestagsabgeordneten Frank Haenschke hat die Bundesregierung diesem Unternehmen bisher Haushaltmittel in Höhe von einer halben Milliarde Mark zur Entwicklung einer Wiederaufbereitungs-Technologie zugeschossen. Anfang der achtziger Jahre — so war es geplant — sollte eine Anlage zur Wiederaufbereitung von 1 400 Jahrestonnen hoch ausgebrannter Brennelemente zur Verfügung stehen. Davon ist inzwischen keine Rede mehr. Als der strahlende Abbrand in den mittlerweile angefahrenen Leichtwasserreaktoren sich zu türmen begann, mußte der Innenausschuß des Bundestages sich in einer öffentlichen Anhörung im Juni letzten Jahres von Vertretern der Großchemie sagen lassen, daß das Projekt über die Kräfte der beteiligten Firmen gehe. Da die Entsorgung der Atomkraftwerke nach dem Atomgesetz Sache der Kraftwerksbetreiber, also der Elektrizitäts-Versorgungs-Unternehmen sei, habe man die unternehmerische Verantwortung an diese abgegeben. Die Betroffenheit war groß. Man fragte nach den Gründen, vor allem der Abgeordnete Frank Haenschke bestand auf genauen Antworten. Vertreter der an der KEWA beteiligten Chemie-Firmen gaben zu Protokoll:

> «Die erste kommerzielle Anlage im Staate New York ist stillgelegt worden, nachdem sich dort starke Korrosionserscheinungen und ähnliches gezeigt haben. Dort hatte man noch nicht die ganz hoch ausgebrannten oxydischen Elemente, sondern erst geringer ausgebrannte. Diese Anlage wird umgebaut und ist in zunehmende Genehmigungsschwierigkeiten gekommen, weil in allen Ländern die Genehmigungsanforderungen eskaliert sind.
>
> General Elektric hat ein neues Verfahren ausgearbeitet, dieses erst im Labormaßstab erprobt und ist bei der Kalterprobung — ohne daß heiße Elemente hineinkamen — zu der Meinung gekommen, daß diese Anlage so nicht funktioneren kann und erst mit erheblichen Geldmitteln umgebaut werden kann. Sie hat darauf verzichtet und ist aus dem Geschäft ausgestiegen.
>
> Die andere Großanlage mit 1 500 Tonnen im Süden der USA kommt nicht in Gang, weil sie noch keine Genehmigung hat. Dies hängt unter anderem damit zusammen, daß in Amerika die Frage der Plutonium-Rezyklierung in großem Umfang noch nicht gelöst ist.
>
> Daß die englischen und die französischen Anlagen Schwierigkeiten gehabt haben, vor allen Dingen die englischen, hängt damit zusammen, daß man diese Schwierigkeiten vorher nicht gesehen hatte.»

Soweit Gerhard Wirths, Geschäftsführer der Brennelementefabrik Nukem in Hanau. Wolfgang Hilger, Vorstandsmitglied der Hoechst AG in Frankfurt, ergänzte:

«Ich glaube, Herr Haenschke, man müßte auch noch einmal die Frage dahin zurückspielen, daß diese Probleme, auch wenn sie technisch lösbar scheinen — bis zu einer ingenieurtechnischen Durcharbeitung und einem Baubeginn ja doch noch größere Zeitspannen erfordern.»

Dann äußerte sich Walter Schüller, Geschäftsführer der Gesellschaft zur Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen in Karlsruhe GWK, die auf Staatskosten seit 1971 eine Versuchsanlage namens WAK in Karlsruhe betreibt:

Dr. Schüller: «Zwei kurze Anmerkungen. Einmal zum allgemeinen Hintergrund: Es gibt zwar mit dem Verfahren, welches heute allgemein verwendet wird, viele Jahre Betriebserfahrung, aber an hochabgebrannten Leichtwasser-Reaktor-Brennstoffen sind bisher in der ganzen Welt in vier Anlagen nur insgesamt 550 Tonnen aufgearbeitet worden. Das ist natürlich noch ein verhältnismäßig bescheidener Hintergrund. In den fünf Jahren, die wir mit der WAK in Karlsruhe arbeiten, haben sich gerade bei der Aufarbeitung der hochabgebrannten Brennstoffe bestimmte Probleme gezeigt, die nicht nur bei uns aufgetreten sind, sondern auch im Ausland und an denen wir arbeiten. Hier ist — wie Herr Dr. Hilger schon sagte — noch eine ganze Reihe von Fragen zu lösen. Ich kann zusammenfassend sagen, daß die Verfügbarkeit der WAK zur Zeit bei etwa 55 Prozent liegt. Das ist — mit normalen Maßstäben der chemischen Industrie gemessen — keine Basis für ein Großobjekt, wie es hier geplant ist.»

Die Wiederaufarbeitung, soviel dürfte schon klar geworden sein, ist ein grenzüberschreitendes Problem. Die Erfahrungen, die in der französischen Anlage bisher gemacht wurden, sind also nicht nur deshalb für uns so interessant, weil dort Brennelemente aus deutschen Atommeilern aufgearbeitet werden sollen. Im Bundestags-Hearing wollte es der SPD-Abgeordnete Frank Haenschke, einer der ganz wenigen Naturwissenschafter im Bonner Parlament, genau wissen:

Abg. Dr. Haenschke (SPD): «Mir scheint in den Aussagen der Elektrizitätsversorgungsunternehmen einerseits und der Besitzer des Know-how — also der chemischen Industrie — andererseits in Fragen der Betriebssicherheit doch ein großer Widerspruch oder jedenfalls ein erkennbarer Widerspruch zu bestehen. Herr Mandel sagt in seiner Stellungnahme, daß man die Betriebserfahrungen der ausländischen Anlagen sich jetzt wohl zunutze machen könne, so daß man eigentlich mit gewissem Optimismus an die Reali-

sierung gehen könnte, während die Besitzer des Know-how — hier vertreten durch Herrn Hilger — vielleicht könnte Herr Lange auch etwas dazu sagen — sagen, daß man erst noch eine ganze Weile Betriebserfahrungen mit den bestehenden Anlagen abwarten müsse, ehe man in die Detailplanungen gehen könne. Sie gehen sogar so weit, zu sagen, daß andererseits eine Planung mit den bisher vorhandenen Kenntnissen für die Gesellschaft der KEWA ein nicht vertretbares unternehmerisches Risiko darstelle. Dafür führen Sie ja im wesentlichen noch ungelöste technische Probleme an und mangelnde Betriebserfahrung. Sehe ich das so richtig?»

Dr. Hilger: «Es ist völlig richtig, wie Sie das beurteilen. Das ist mit ein Grund, weswegen die Anlage erst so spät in Betrieb kommen kann. Da sind also jetzt keine Fragen, die etwa in der Bauunwilligkeit zu suchen sind, sondern die einfach in den Grenzen der technischen Möglichkeiten — so wie wir sie heute abschätzen — liegen. Ist das die Antwort auf Ihre Frage?»

Abg. Dr. Haenschke (SPD): «Ja.»

Dr. Hilger: «... Es wäre eine leichtsinnige Behauptung, zu sagen, daß wir mit den vorliegenden Kenntnissen, die wir aus Karsruhe oder die wir von internationalen Partnern her haben, uns heute stark machen können — mit derselben Glaubwürdigkeit und derselben unternehmerischen Klarheit —, eine Entscheidung zu treffen, wie wir sie sonst für unsere Chemieanlagen treffen. ...»

Der schwarze Peter war damit bei der Elektrizitätswirtschaft. Die Vorstandsvorsitzenden größter Betreiber von Atomkraftwerken in der Bundesrepublik, Heinrich Mandel für die Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerke (RWE), und E. Keltsch für die Preußen-Elektra (PREAG) Hannover, berichteten von einer «Projektgesellschaft Wiederaufbereitung von Kernbrennstoffen mit beschränkter Haftung» — abgekürzt PWK — mit Sitz in Essen, die im Auftrag der zwölf größten deutschen Elektrizitäts-Unternehmen nun an das große Wiederaufarbeitungsprojekt herangehen solle. Günther Scheuten, Geschäftsführer der PWK:

Direktor Scheuten: «Herr Haenschke, der Unternehmenszweck der Projektgesellschaft Wiederaufbereitung von Kernbrennstoffen ist es, das Vorprojekt durchzuführen und die rechtlich-finanziellen, technischen, organisatorischen Möglichkeiten der späteren Baudurchführung, der Bauträgerschaft und der Betriebsführung zu klären.»

Und zur Arbeitsteilung zwischen den Chemiekonzernen und den Elektrizitäts-Versorgungsunternehmen berichtete PWK-Sprecher Scheuten:

«Das technische Risiko kann die PWK im Augenblick mangels eigenen Sachverstandes — diese Frage ist richtig gestellt — nicht

beantworten. Wir sind kein Chemieunternehmen, und es handelt sich hier um eine große chemische Fabrik, die geplant und gebaut werden muß. Wir werden uns bei Durchführung des Projektes der Chemie als unseres großen Beraters bedienen.»

Die Chemiekonzerne, das machten ihre Sprecher klar, werden sich diese Dienstleistung in bar bezahlen lassen, obwohl sie das technische Know-how auf Staatskosten erworben haben. Das entspreche, so bekannten sie, den Usancen der Branche; während das unternehmerische Risiko, und das heißt nach Einschätzung der Chemie, der mit Sicherheit zu erwartende Verlust beim Wiederaufarbeitungsgeschäft von den Kraftwerksbetreibern übernommen wird.

Letztere wiederum hoffen nach Aussage ihrer Vertreter beim Hearing darauf, daß das in der Wiederaufbereitungsanlage gewonnene Plutonium dereinst als Brennstoff für eine neue Reaktorgeneration, die Schnellen Brüter, verfügbar sein wird. Diese neue Reaktorlinie, die rechtzeitig vor der Erschöpfung der begrenzten Uranvorkommen zum Einsatz kommen soll, benötigt Brennelemente mit mehreren Tonnen Plutonium. Also auch dazu, aus der Sicht der Atomindustrie vor allen Dingen dazu, muß die große Wiederaufarbeitungsanlage her. Frühest möglicher Termin für die Inbetriebnahme einer solchen Anlage in der Bundesrepublik ist das Jahr 1988, darüber war man sich im Hearing einig. Bis dahin muß man sich anderswo «entsorgen» lassen. Der Teil der englischen Wiederaufbereitungsanlage, der für Uranoxyd aus Leichtwasserreaktoren eingerichtet ist, liegt seit 1973 still, nachdem dort ein Leck aufgetreten war und 35 Techniker gefährliche Strahlendosen abbekommen hatten. Bleibt die französische Wiederaufbereitungsanlage in La Hague, am Aermelkanal. Abgeordneter Haenschke:

Abg. Dr. Haenschke (SPD): «Zunächst eine Frage zur internationalen Entsorgungskapazität. Es ist vorhin von La Hague gesprochen worden. Die Frage ist: Ist La Hague in der Lage, hochabgebrannte Brennelemente wiederaufzuarbeiten? Welche Jahreskapazität steht im Augenblick bis 1980 oder bis 1985 vermutlich international zur Verfügung?»

Dazu Peter Zühlke von der KEWA-Geschäftsleitung:

Dr. Zühlke: «Zur Beantwortung der ersten Frage von Herrn Haenschke: Die Anlage in La Hague hat eine Eingangsstufe für oxydische Brennelemente mit hohen Abbränden bekommen. Es sieht so aus, als ob sich diese Anlage nach den ersten Wochen der Inbetriebnahme bewährt. Die Anlage hat eine Nennkapazität, die sie allerdings erst 1979 erreichen wird, nämlich von 800 Tonnen. Das ist die Kapazität, die bis zur Inbetriebnahme von noch neu zu bauenden Anlagen in Europa zur Verfügung stehen wird.»

(Abg. Dr. Haenschke (SPD): Bis 1979)!
«— Ab 1979: 800 Tonnen.»

Nach wie vor besteht die Absicht deutscher Elektrizitäts-Unternehmen, den Bau einer deutschen Großanlage zu betreiben, über die Projektgesellschaft PWK, deren Direktor Scheuten sich über die Größe der Aufgabe klar zu sein schien:

«Herr Haenschke, Sie müssen wissen, daß wir hier ein Projekt planen, das in allen Dimensionen alle Vorstellungen sprengt, die wir bisher hatten.»

Das gilt zum einen für die Kosten, die auf mindestens zehn Milliarden Mark veranschlagt wurden. Das gilt aber auch, wie wir gehört haben, für die technischen Risiken einer Anlage, deren Technologie noch nie im industriellen Maßstab erprobt worden ist. Grund genug für Atomgegner, Bürgerinitiativen und Umweltschutz, das Projekt heftig zu bekämpfen. Beim Bonner Hearing im Juni 1976 äußerte sich Dipl. Ing. Vaupel vom niedersächsischen Sozialministerium, der voraussichtlichen Genehmigungsbehörde für die geplante Anlage, diesbezüglich noch recht sorglos:

Dipl.-Ing. Vaupel: «Die Frage der Erdbeben ist, glaube ich, erschöpfend beantwortet. Aber nun zur Frage der Bevölkerung. Wir haben in Niedersachsen Erfahrungen mit der Genehmigung von Kernkraftwerken. Ich muß sagen, daß wir eigentlich mit der Bevölkerung, mit der ortsansässigen Bevölkerung ,keine großen Auseinandersetzungen gehabt haben. Ich glaube auch, daß wir in der Zukunft — wenn eine solche Anlage nach Niedersachsen kommt — keine ernst zu nehmenden Auseinandersetzungen mit der ortsansässigen Bevölkerung zu befürchten haben, wenn wir in geeigneter, objektiver Weise rechtzeitig die Bevölkerung und die politischen örtlichen Gremien informieren. Ich bin fest überzeugt, daß wir aus diesem Kreise keinen massiven Widerstand zu erwarten haben.»

Wie man seitens der PWK zu verhindern gedachte, daß es in Zukunft vielleicht Schwierigkeiten mit der Bevölkerung bei der Durchsetzung eines Standortes gibt, erläuterte PWK-Direktor Scheuten in Bonn wie folgt:

Direktor Scheuten: «Eine kurze Ergänzung dazu. Wir haben in einer gut funktionierenden Zusammenarbeit mit allen Beteiligten, insbesondere (vielleicht darf ich mir erlauben, das zu erwähnen) in einer guten Zusammenarbeit mit dem Bundesforschungsministerium und den niedersächsischen Behörden, eine Oeffentlichkeitsarbeit begonnen mit dem Ziel, die ortsansässige Regionalbevölkerung möglichst umfassend und so objektiv, wie uns das möglich ist, von der Notwendigkeit der Errichtung einer solchen An-

lage zu überzeugen. Nach den anfänglichen Schwierigkeiten, die insbesondere im Landkreis Aschendorf entstanden sind, haben wir den Eindruck, daß die Informationsarbeit, die bisher geleistet worden ist, gute Früchte trägt. Wir haben teilweise die Anlage in Kap La Hague vorführen können. Gerade dieser Informationsbesuch in Kap La Hague und die vollkommene Normalität der Verhältnisse in dieser Landschaft haben beachtlichen Eindruck auf die Besucher gemacht.»

(Autor) Der Wert und Erfolg solcher Informationsarbeit, insbesondere der soeben gelobten Besichtigungsfahrten nach La Hague, läßt sich an einem Beispiel aus jüngster Zeit demonstrieren: Die PWK führte eine Gruppe Journalisten zur französischen Wiederaufarbeitungsanlage La Hague, 37 Mitglieder der niedersächsischen Landespressekonferenz. Was sie in La Hague zu sehen bekamen, welche Informationen und Eindrücke man ihnen vermittelte, das schlug sich in Zeitungsberichten nieder. Reisetermin für den Hinflug nach Cherbourg, die La Hague nächstgelegene Stadt, war der 23. Januar 1977 nachmittags. 24 Stunden später erfolgte die Heimreise. Am 26. Januar erschienen in der deutschen Presse Artikel und Agenturmeldungen aus Cherbourg. Die Frankfurter Allgemeine brachte einen Agenturbericht von Associated Press: «Paris investiert Milliarden in Widerauferbeitungsanlagen. Frankreich baut seine Anlagen für die Rückgewinnung von Uran und Plutonium aus abgebrannten Brennstäben — auch aus Kernkraftwerken der Bundesrepublik — weiter aus. Der Direktor des staatlichen Werks über die Wiederaufarbeitung nuklearer Brennelemente in La Hague bei Cherbourg, Delange, teilte jetzt vor Mitgliedern der niedersächsischen Landespressekonferenz mit, die Kapazitäten seines Unternehmens seien voll ausgelastet. Noch in diesem Jahr wird mit der Entscheidung aus Paris über das Projekt gerechnet, durch das sich die Verarbeitungskapazität von jetzt 1 600 Tonnen abgebrannter Brennelemente jährlich auf annähernd 2 400 Tonnen erhöhen würde.»

In der «Landeszeitung für die Lüneburger Heide» fand die «Informationsreise» ein fast euphorisches Echo: «Kernenergie muß nicht gefährlich sein. Das zeigt die Wiederaufarbeitungsanlage Cap de la Hague ... Das Problem der Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen ist technisch gelöst. Es funktioniert, auch nach jahrelangem Betrieb. Die Umwelt ist bei exakter Handhabung der Sicherheitsvorschriften nicht mehr gefährdet, als bei irgendeiner anderen Industrieanlage.»

Auch die Cellesche Zeitung spricht von einer «seit zehn Jahren einwandfrei arbeitenden französischen Anlage», und vermerkt als Ergebnis der Public-Relations-Tour: «Nach den Recherchen der CZ gilt nach wie vor Aschendorf/Hümmling als Favorit (für die geplante deutsche Anlage), weil dort Albrecht/Kiep zugleich ein Alibi hät-

ten. Sie würden mit dem Projekt, das 5 bis 10 Milliarden Baukosten erfordert, für den im Emsland so nötigen wirtschaftlichen Aufschwung sorgen. Außerdem erlahmt im Emsland der Widerstand, nachdem die Bürgermeister sich die Anlage in der Normandie angesehen hätten.»

Diese sogenannten Informationen, die den deutschen Besuchern — ob Journalisten oder Bürgermeistern — in La Hague zuteil geworden sind, halten einer Ueberprüfung nicht stand. Der Versuch, die in der FAZ gebrachte AP-Meldung über die angebliche Kapazität von gegenwärtig 1 600 Jahrestonnen vom Presse-Sprecher der französischen Atomenergiekommission CEA in Paris bestätigt zu bekommen, führt zu einer Korrektur: diese Kapazität sei für später geplant, 1985 vielleicht. Zur Zeit betrage die Kapazität für Brennelemente aus Leichtwasserreaktoren 400 Jahrestonnen. Der zuständige Beamte im Bundesforschungsministerium, der die Journalistengruppe nach La Hague begleitet hat, spricht aber seinerseits von 800 Jahrestonnen und beteuert, die französische Anlage «laufe anstandslos» und habe bereits Brennelemente aus Stade, Gundremmingen, Obrigheim und Würgassen aufgearbeitet; er sagte: «durchgenudelt».

Die Berichterstattung erweckt den Eindruck, die französische Anlage funktioniere einwandfrei und ohne Risiken für Betriebspersonal und Umgebung; die Jahreskapazität werde voll ausgefahren. Um die voneinander stark abweichenden Angaben hinsichtlich des genauen Umfanges dieser Kapazität zu überprüfen, wenden wir uns an

Bernhard Laponche, den stellvertretenden Generalsekretär der Sektion für Atomenergie-Personal im französischen Gewerkschaftsbund CFDT, in dem die Mehrheit des Betriebspersonals von La Hague organisiert ist. Laponche ist Kernphysiker und seit vielen Jahren Mitarbeiter des französischen Atomenergie-Kommissariats.

Wir fragen Laponche: Wie arbeitet die Anlage in La Hage zur Zeit? Laponche: «Zum jetzigen Zeitpunkt? Die Anlage verarbeitet Brennelemente aus französischen Reaktoren, die für Brennstoff aus Natururan eingerichtet sind. Die Jahreshöchstmenge war bisher 400 to. Aber wenn Sie schon fragen: die Anlage für die Wiederaufarbeitung von hochradioaktiven Brennelementen aus Leichtwasserreaktoren steht nach wie vor still!»

Die Anlage für Brennelemente aus Leichtwasserreaktoren, also für die Reaktoren der Bundesrepublik, steht still?

Ja. Diese Anlage hatte im Mai 1976 mit mehr als einem Jahr Verspätung zu arbeiten begonnen. Sie war drei Wochen in Betrieb und hat fünfzehn Tonnen Brennelemente verarbeitet. Die kamen aus einem Schweizer Reaktor und ihre Radioaktivität betrug 19 000 Megawatt/Tage pro Tonne, das entspricht etwa zwei Dritteln der üblichen Radioaktivität bei Brennelementen aus Druck- oder Siede-

wasserreaktoren, war also viel leichter. Und unter solchen leichten Bedingungen hat die Anlage fünfzehn Tonnen verarbeitet. Wir sagen nicht: es kann nicht funktionieren, aber niemand kann vorhersagen, daß die Anlage im industriellen Maßstab funktionieren wird. Zur Zeit arbeiten wir also Brennelemente aus Natururanreaktoren auf, deren Radioaktivität nur etwa ein Sechstel derjenigen von Leichtwasserreaktoren ausmacht, das bedeutet gleichzeitig ein Sechstel der Schwierigkeit. Vielleicht setzen wir im Laufe dieses Jahres die Hochaktivitäts-Eingabe für Uranoxyd wieder in Gang, aber wann wir den industriellen Maßstab erreichen, wissen wir nicht. Vielleicht schaffen wir dieses Jahr hundert Tonnen, wenn alles gutgeht, vielleicht . . .»

Wir beziehen uns Laponche gegenüber auf folgende Aussage von Didier Anger, dem Sprecher der regionalen Anti-Atom-Kampagne der niederen Normandie: «Wir haben kürzlich mit japanischen Umweltschutzexperten gesprochen. Diese Japaner haben uns erklärt: 'Wir Japaner haben unsere Probleme, und die können wir nicht anderen aufbürden. Wir haben Atomkraftwerke, die man uns aufgezwungen hat. Diese Atomkraftwerke verursachen Atommüll. Unsere Regierung beabsichtigt, diesen Müll zur Wiederaufarbeitung nach La Hague zu schicken. Dagegen erheben wir Einspruch. Die japanischen Fischer werden den Abtransport dieses Atommülls aus Japan behindern.' — Wir hier wären sehr glücklich, wenn die Umweltschutzgruppen und Bürgerinitiativen der Bundesrepublik auch ihrerseits etwas unternehmen würden, damit nicht der deutsche Atommüll hier bei uns abgeladen wird!»

Wir fragen Laponche, ob seine Kollegen in La Hague es begrüßen würden, wenn keine radioaktiven Brennelemente aus den deutschen Atommeilern mehr nach La Hague gesandt würden. (Laponche) «Eins ist klar: egal, ob die Brennelemente hierher transportiert werden oder nicht: es ist unsicher, ob sie überhaupt aufgearbeitet werden können. Wir halten es für eine schlimme Sache, daß die Unternehmensleitung von La Hague Wiederaufarbeitungsverträge, kommerzielle Wiederaufarbeitungsverträge mit dem Ausland zum Vorwand nimmt, um uns unter schwierigen Bedingungen zur Wiederaufarbeitung von Brennelementen aus Deutschland und sonstwoher zu nötigen. Diese Länder sollten sich aber jetzt in acht nehmen und sich nicht allzusehr auf La Hague verlassen!»

Wir hören den Kernphysiker Bernhard Laponche: «Gegenwärtig sagt die CEA, sagen die Politiker hier, sagt alle Welt: 'La Hague funktioniert gut, 400 Jahrestonnen.' Das ist eine Lüge. Sowohl in Frankreich als auch im Ausland gilt es, die Atomprogramme zu reduzieren und sich erst einmal zu versichern, daß man die Wiederaufarbeitung im industriellen Maßstab auch beherrscht! Dann kann man

sich entscheiden, was möglich ist. Aber dies ist noch eine Art Vabanque-Spiel um die Zukunft: Ueberall werden riesige Atomkraftwerke gebaut, und jetzt wird einem plötzlich klar, daß man die Wiederaufarbeitung nicht beherrscht. Und man blufft, und man lügt, und man sagt: ja, doch wir beherrschen das. Das ist nicht wahr! Es ist keineswegs erwiesen ... Es gibt nur ein paar Versuchsanlagen. Aber die Atomprogramme sind auf einer Lüge aufgebaut, bei Planung und Bau der Atomkraftwerke hat man sich um die Frage der Wiederaufarbeitung überhaupt nicht bekümmert, das weder in Frankreich noch anderswo.

(Schluß folgt)

MARKUS MATTMÜLLER

Die politische Botschaft des älteren Religiösen Sozialismus und die heutige Lage*

Die Bewegung der Religiösen Sozialisten hat in der Schweiz um 1906 begonnen, in Deutschland nach dem Ersten Weltkrieg. Von da an hatte diese Bewegung eigentlich nur die wenigen Jahre bis 1933, in denen sie sich in einer einigermaßen normalen Umwelt betätigen und ihr politisches Programm formulieren konnte; nachher schuf für die Deutschen, aber auch für die Franzosen, Holländer, Schweden und Schweizer unter ihren Anhängern das Aufkommen der faschistischen Diktaturen eine dermaßen außerordentliche Situation, daß das Nachdenken über den normalen Staat und sein Verhältnis zum Reich Gottes in den Hintergrund trat. Ich meine aber, es könne sich lohnen, das wiederum kennen zu lernen, was damals von Religiösen Sozialisten über Staat und Politik gesagt worden ist. Natürlich geht es nicht darum, die damaligen Religiösen Sozialisten zu kanonisieren und ungeprüft zum Maßstab allen Handelns zu machen; aber es lohnt sich doch wohl, ihr Denken zur Kenntnis zu nehmen und kritisch auf seine Tauglichkeit für heute zu untersuchen; vielleicht bleiben ein paar Ansätze — Lehrstücke und Praxisanleitungen — übrig, die man im Sinne eines «aggiornamento» aufarbeiten und verwenden kann. Man muß dabei allerdings vieles in

* Vortrag beim «Bund der Religiösen Sozialisten Deutschlands» in Bergisch-Gladbach am 3. Oktober 1977.